

Gillamoos 2026 – Festrede von Hubertus Heil

Mein Gott, wo man so freundlich begrüßt wird, würde man gern dauerhaft bleiben.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen: Der Sebastian Roloff hat die Latte jetzt auch ordentlich hochgehängt. Und ich gebe zu: Ich habe einen niedersächsischen Migrationshintergrund. Ich komme aus Niedersachsen, das ist meine Heimat. Und wir sind ja so etwas wie die Brasilianer des Nordens – jedenfalls im Vergleich zu den Hamburgern, habe ich Olaf Scholz immer gesagt.

Liebe Ronja, liebe Kathrin, lieber Sebastian, lieber Holger, lieber Thomas, liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich komme, wie gesagt, aus Niedersachsen. Und wenn man dann als Niedersachse in Bayern in einem Bierzelt steht, dann habe ich in den letzten Jahren gelernt, dass man zwei Fehler vermeiden sollte.

Das eine ist, Bayern Bayern zu erklären. Das wisst ihr selbst besser.

Und das Zweite ist, so lange zu reden, dass das Bier schal schmeckt. Das geht auch nicht.

Aber ich bitte euch bei Letzterem heute um ein bisschen Geduld und Nachsicht. Also anders gesagt: Hört nicht auf zu trinken, während ich rede. Weil ich habe ein paar Dinge mitzuteilen.

Aber jetzt wird es sehr, sehr ernst, liebe Freundinnen und Freunde.

Denn ich will heute nicht über irgendwelche politischen Kleinigkeiten reden. Ich will über unser Land reden. Und ich will auch darüber reden, was schief läuft.

Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich finde, dass man nach dem Wahlergebnis gestern Abend nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Das kann man nicht und das sollte man auch nicht.

Es war der große Kurt Schumacher, der SPD-Vorsitzende, der die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut hat, der den wichtigen Satz gesagt hat, dass jede Politik mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginnt.

Deshalb: So schwer es heute in diesem schönen Festzelt auf dem Gillamoos ist – wir müssen auf die Wirklichkeit gucken.

Und die Wirklichkeit ist: Gestern hat eine rechtsextremistische Partei das erste Mal seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland in einem Bundesland mit Abstand die meisten Stimmen bekommen. Fast die absolute Mehrheit.

Die CDU hat ein desaströses Ergebnis erlebt. Aber auch wir können uns nicht freuen.

Ich kann euch sagen: Ich war in Sachsen-Anhalt unterwegs in diesem Wahlkampf. Ronja auch und andere. Und ich habe erlebt, wie unsere Genossinnen und Genossen dort bewundernswert gekämpft haben.

Und ich kann die Erleichterung verstehen, dass man entgegen allen Prognosen nicht aus dem Landtag geflogen ist. Aber uns darf das nicht reichen. Das ist zu wenig, liebe Genossinnen und Genossen!

Und da geht es nicht nur um uns. Da geht es nicht nur um uns.

Das Ergebnis gestern macht deutlich: Dass wenn die Demokratinnen und Demokraten – und auch die Sozialdemokratie – nicht stark genug sind, dass dieses Land gefahrgeneigt ist.

Und es gibt eben keine Garantien mehr. Das sehen wir in anderen europäischen Ländern, für die Existenz demokratischer Parteien. Ihr habt das in Frankreich gesehen, wo es mitte-rechts Parteien und auch unsere sozialdemokratischen Freunde, die Sozialisten, nicht mehr in der Stärke gibt, wie wir es mal gekannt haben. Und vor jeder Wahl muss gezittert werden – vor der Präsidentschaftswahl nächstes Jahr, ob nicht irgendein Demokrat oder Rechtsextreme rein kommt.

So darf das nicht weiterlaufen.

Wir müssen für eine stärkere Demokratie kämpfen. Und das heißt auch, für eine stärkere Sozialdemokratie zu kämpfen. Das ist unser Auftrag.

Und deshalb werden wir uns in den nächsten Tagen erst einmal auf zwei andere Dinge konzentrieren. Da sind noch weitere Wahlen.

Eine Wahl, über die nicht so oft geredet wird – deshalb schönen Gruß in meine niedersächsische Heimat: Wir haben gerade Kommunalwahlen bei uns.

Und ich komme nachher noch einmal darauf: Die Kommunen, liebe Freundinnen und Freunde, sind nicht das Kellergeschoss der Demokratie. Sie sind das Fundament.

Deshalb schöne Grüße in meine Heimat. Wir kämpfen in den Kommunen um Rathäuser, um Landratsämter, um Kreistage.

Und da sind auch Landtagswahlen in Berlin mit Steffen Krach, unserem Spitzenkandidaten, und in Mecklenburg-Vorpommern mit Manuela Schwesig, die bewundernswert für ihre Heimat kämpft.

Wir wollen, dass sich dort nicht wiederholt, was in Sachsen-Anhalt war. Manuela Schwesig soll Ministerpräsidentin ihres schönen Landes bleiben.

Der Gruß geht heute von Süd nach Nord, liebe Freundinnen und Freunde.

Aber seien wir ehrlich und offen miteinander.

Ich kann es nicht ertragen, wenn man ein schlechtes Wahlergebnis hat – und wir haben als SPD in diesem Jahr keine guten Wahlergebnisse gehabt –

Wir haben in Baden-Württemberg knapp die Fünfprozenthürde geschrammt. Wir haben mit Alexander Schweitzer einen populären Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz verloren. Und wir hatten gestern einen Tag, an dem wir stabil geblieben sind, an dem es aber nicht gereicht hat für demokratische Mehrheiten.

Und deshalb sage ich auch: Wir können uns nach Wahlen nicht hinstellen und das Ergebnis schönreden, gesundbeten oder schönsaufen.

Sondern wir müssen dann sagen, dass wir Dinge besser machen müssen, dass wir verstanden haben, dass wir besser werden müssen.

Ich will darüber reden heute mit euch und Ihnen, nicht wer wir sind, sondern wofür wir in diesem Land gebraucht werden.

Denn mein offener Eindruck ist, dass wir – zumindest, was die Bundes-SPD betrifft – selbstkritisch feststellen müssen: Viele Menschen haben kein klares Bild mehr davon, wofür wir stehen, wer wir sind.

Und das müssen wir ändern. Das müssen wir ändern!

Sie müssen wissen, woran sie bei uns sind, bei der deutschen Sozialdemokratie.

Das ist unsere Verantwortung – für unsere Überzeugungen und für unsere Demokratie.

Wir sind kein Selbstzweck. Sondern wir sind dafür da, mitzuhelfen, dass dieses Land eine wirklich gute Zukunft hat.

Und darüber will ich reden.

Vor allen Dingen aber, liebe Freundinnen und Freunde, bin ich nach wie vor überzeugt, dass trotz aller Probleme dieses Land aus eigener Kraft wieder stärker werden.

Ich bin seit vielen Jahren und auch in diesem Sommer sehr, sehr viel unterwegs.

Und wenn man Politik eben nicht nur über TikTok-Videos oder aus Sitzungsräumen kennt, sondern in Betrieben unterwegs ist, an Marktständen, auf Betriebsversammlungen; wenn man mit der Feuerwehr redet, mit Vereinen; wenn man – ich komme aus einem ländlichen Wahlkreis – in Städten und Gemeinden unterwegs ist, wenn man Nachbarschaftsgespräche macht, dann ist meine Erfahrung:

So schön es heute ist, hier vorne zu stehen – dass manchmal finden die spannendsten Gespräche nicht auf der Bühne statt, sondern hinterher. Danach, wenn man zusammensitzt, wenn man noch ein Bier bestellt.

Und ich muss sagen: In den letzten Jahren habe ich einen Satz immer häufiger gehört, nämlich:

„Hubertus, jetzt mal unter uns: Warum kriegen wir so vieles in unserem Land, was sich dringend ändern muss, im Moment nicht hin?“

Und dann kommt meistens in diesen Gesprächen eine sehr, sehr lange Liste.

Da hört man, dass die Tochter, die gerade ausziehen will, keinen bezahlbaren Wohnraum findet.

Da hört man, dass der Sohn zwar eine Ausbildungsstelle gefunden hat, aber 50 oder 60 Kilometer bis zur Berufsschule fahren muss.

Da hört man, dass dringend ein Pflegeplatz für die pflegebedürftige Mutter gesucht wird.

Dass die Brücke gesperrt ist.

Dass der Bus zu selten fährt.

Dass ein Handwerksmeister – und wir haben hier mit eurem Fraktionsvorsitzenden Holger einen – seine Werkstatt erweitern will, aber viel zu lange auf eine Genehmigung wartet.

Und über die Deutsche Bahn will ich heute gar nicht reden.

Aber hinter diesen Geschichten, liebe Freundinnen und Freunde, da steckt etwas Ernstes.

Viele Menschen haben das Gefühl:

Ich leiste doch meinen Teil. Warum habe ich trotzdem das Gefühl, dass mein Land seinen Teil nicht mehr schafft?

Es sind diese Menschen, die jeden Morgen aufstehen. Die zur Arbeit gehen. Die Kinder erziehen. Ihre Eltern pflegen. Die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Die die Jugendmannschaft trainieren. Die beim Dorffest bei uns am Grill stehen. Die dieses Land jeden Tag am Laufen halten.

Und die dürfen erwarten – und das ist unser Auftrag –, dass dieses Land auch im Alltag für sie funktioniert, liebe Freundinnen und Freunde.

Das ist ein Auftrag, den wir haben.

Denn wenn demokratische Politik über Jahre den Eindruck erweckt, dass Probleme nur noch – wie vorhin von Hubert Aiwanger – beschrieben werden, aber nicht mehr gelöst werden, dann kommen die anderen.

Dann kommen die Rechtsextremen.

Und die müssen noch nicht einmal beweisen, dass sie es besser können. Es reicht einfach, dass sie den Menschen glauben machen, dass die anderen – die Demokratinnen und Demokraten – es nicht mehr schaffen können.

Dann kommt die AfD und sagt: „Wir wissen, wer schuld ist. Die Flüchtlinge. Brüssel. Die da oben. Die demokratischen Parteien. Die Medien.“

Und wenn gar nichts mehr hilft, sagen sie: „Das ganze System, die ganze Demokratie funktioniert nicht mehr.“

Ich sage euch – auch an die Adresse der AfD: Wer für jedes Problem einen Sündenbock sucht, der hat meistens keine Lösung in der Tasche.

Das ist doch auch klar.

Aber deshalb dürfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – so wichtig das ist – nicht nur die AfD bekämpfen und über sie reden.

Wir müssen etwas anderes tun.

Wir müssen beweisen, dass Demokratie handlungsfähig ist.

Dass Demokratie Probleme lösen kann.

Dass Demokratie den Alltag der Menschen verbessern kann.

Das ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, liebe Freundinnen und Freunde!

Und deshalb braucht unser Land wieder eine stärkere Sozialdemokratie.

Und ich sage das ganz offen, weil ich unsere Partei kenne und liebe, weil ich seit meinem 15. Lebensjahr überzeugter Sozialdemokrat bin:

Ich bin nicht zufrieden mit uns, wie wir gerade dastehen.

Wir müssen verdammt noch mal besser werden!

Und ich meine keine Partei mit 48.000 Einzelforderungen.

Ich meine auch nicht eine Partei, die nur blutleere Worthülsen von sich gibt.

Ich meine keine Partei, die in den Augen der Menschen wischiwaschi und beliebig ist.

Und ich meine keine Partei, die verzagt ist, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich bin da ganz bei Martin Luther: „Aus einem verzagten Hintern kommt kein fröhlicher Furz“, hat er einmal gesagt.

Und das kann man auch im katholisch geprägten Bayern einmal sagen.

Ich will eine Partei, die beides hat:

Einen Plan für unser Land und leidenschaftliche Überzeugungen, wofür wir brennen.

Klaren Verstand, neue Ideen und ein heißes Herz.

Das gehört für uns zusammen.

Und das braucht die SPD.

Deshalb möchte ich heute über drei große Missionen sprechen, für die wir aus meiner Überzeugung stehen und brennen müssen.

Und zwar wir – und kaum eine andere Partei.

Unsere erste Mission muss sein, dass wir sichtbar und spürbar die Partei sind, bei der klar ist:

Nicht die Herkunft entscheidet, sondern Leistung und Talent müssen sich entfalten.

Das ist Sozialdemokratie pur.

Eine Partei, die dafür sorgt, dass in diesem Land Respekt gilt für diejenigen, die sich reinhängen.

Anerkennung und Solidarität, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich sage das sehr deutlich: Ich nenne das eine solidarische Leistungsgesellschaft.

Ja, Anstrengung muss sich lohnen.

Aber es soll keine Ellenbogengesellschaft sein, liebe Freundinnen und Freunde.

Dafür steht die SPD – und keine andere Kraft in Deutschland.

Das Zweite ist aber auch klar:

Wir müssen die Kraft sein – und ich sage bewusst: Wir müssen die Kraft sein –, die dafür sorgt, dass dieses Land in Staat und Wirtschaft wieder besser funktioniert.

Wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass überflüssige Bürokratie wekommt, dass der Staat besser funktioniert und dass die Wirtschaft wieder läuft.

Sebastian Roloff arbeitet im Bundestag als wirtschaftspolitischer Sprecher daran. Der hat mehr Sachverstand als manche Schwätzer aus dem Mittelstandskreis der CDU und CSU.

Der weiß wirklich, was die Industrie in Deutschland braucht.

Und das ist der richtige Weg.

Und die dritte Mission, für die wir brennen müssen, ist es – ich sage es ganz bewusst –, unsere Demokratie dadurch zu schützen, dass wir sie revitalisieren.

Der Satz von Willy Brandt, der dauernd zitiert wird – „Mehr Demokratie wagen“ von 1969 –, ist heute wichtiger denn je.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1949 und seit fast 40 Jahren in ganz Deutschland ein Glücksfall unserer Geschichte.

Aber Demokratie vererbt sich nicht.

Und manchmal ist sie auch in der Debatten zum Ritual erstarrt.

Wenn ihr mich fragt, wie wir Demokratie revitalisieren, dann sage ich: vor Ort, in den Kommunen.

Indem Menschen sich gesehen und beteiligt fühlen.

Indem sie Selbstwirksamkeit spüren, dass sie Teil einer Gesellschaft sind.

Und dafür müssen wir konkret liefern, liebe Freundinnen und Freunde.

Denn, liebe Ronja: So wichtig es ist, dass die Demokratie wehrhaft ist und sich gegen Feinde der Demokratie zur Wehr setzt – im Zweifelsfall auch mit einem Verbotsverfahren –, der wichtigste Verfassungsschutz sind Bürgerinnen und Bürger, die sich zu ihrer Demokratie bekennen.

Denn die Wahrheit ist: Der demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.

Vom Bürgerbewusstsein.

Dass es unsere Demokratie ist und nicht irgendetwas Abstraktes, das sie für sich funktioniert. Dass Menschen dabei sind. Etwas, das kein Ritual ist, sondern lebendig.

Dass Menschen mitmachen können.

Das ist unsere Aufgabe für die Demokratie: dafür zu brennen!

Ich will etwas zur ersten Mission sagen.

Das sozialdemokratische Versprechen, wenn wir von einer solidarischen Leistungsgesellschaft sprechen, ist nicht, dass am Ende alle das Gleiche bekommen.

Das Versprechen ist, dass deine Herkunft nicht über deine Zukunft entscheidet.

Das Versprechen ist, dass du, wenn du dich anstrengst, du auch vorankommen kannst.

Dass wenn du Verantwortung hast und wahrnimmst, dass das auch anerkannt wird.

Und wenn du auf deinem Weg hinfällst, dass es eine Gemeinschaft gibt, die dir hilft, wieder aufzustehen.

Das ist für mich Sozialdemokratie.

Und deshalb ist es auch wichtig, dass wir in diesem Land einmal darüber reden, wer eigentlich die Leistungsträger sind, von denen immer die Rede ist.

Ich bin dafür, dass die SPD sich zum Begriff der Leistung bekennt.

Das ist ein Begriff der Arbeiterklasse, der Tradition der Arbeiterbewegung.

Leistung ist für uns wichtig.

Aber wer sind denn die Leistungsträger? Wer leistet etwas?

Das ist der Maurer, der bei 30 Grad auf dem Gerüst arbeitet.

Das ist die Pflegekraft, die Nachtschicht kloppt.

Das ist die Verkäuferin, die am Samstag an der Kasse sitzt.

Das sind die Polizistinnen und Polizisten hier, die für unsere Sicherheit sorgen.

Das sind die Ingenieure, die neue Antriebe entwickeln.

Das ist die Erzieherin, die unseren Kindern die Chance gibt auf ein selbstbestimmtes Leben, durch frühkindliche Förderung.

Und das ist auch – und das sage ich sehr bewusst – die mittelständische Unternehmerin, die ihr eigenes Geld riskiert und 40 Menschen beschäftigt und ausbildet.

Diese Menschen leisten alle etwas.

Aber auch die Mutter, die ihre Kinder großzieht.

Der Sohn, der seinen Vater pflegt.

Die Frau, die nach acht Stunden Arbeit noch die E-Jugend im Fußball trainiert.

Und diejenigen, die nachts, wenn die Sirene heult, bei der Feuerwehr sind.

Auch die verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Das ist die Mehrheit in diesem Land, liebe Freundinnen und Freunde.

Das sind unsere Leute.

Das sind die wirklichen Leistungsträger dieses Landes.

Wenn wir allerdings über Leistungsträger und Respekt reden, dann müssen wir auch über das Thema Rente sprechen.

Und ich sage das als jemand, der eigentlich eines nicht wollte: sich zu den Themen zu äußern, für die er einmal zuständig war.

Ich habe mich bei diesen Themen wirklich zurückgehalten, weil das eine Frage des Respekts ist, vor denen, die jetzt diese Arbeit machen.

Aber an einem Punkt kann ich nicht schweigen.

Ich finde vieles von dem, was die Rentenkommission vorgestellt hat, vollkommen in Ordnung und richtig.

Denn wir müssen dafür sorgen, dass die gesetzliche Rente für alle Generationen tragfähig ist: für die Großeltern, die Eltern und die Kinder.

Aber vor Kurzem kam eine Genossin aus meinem Wahlkreis, aus dem Landkreis Gifhorn, zu mir.

Sie heißt Steffi und sie ist ehrenamtliche Bürgermeisterin in einem kleinen Ort.

Und die sagte mir Folgendes:

„Hubertus, ich habe mit 16 angefangen zu arbeiten. Mein Mann übrigens mit 26. Ich habe eine berufliche Ausbildung gemacht, der hat studiert. Ich habe mit meinen Steuern eigentlich noch sein Studium mitfinanziert. Sei ihm gegönnt. Kommt ja uns allen zugute im Familieneinkommen.“

Und jetzt erlebt sie, dass er mit 59 in die passive Altersteilzeit geht, weil er bei einem großen Automobilkonzern – es ist nicht BMW, ihr könnt euch das in Niedersachsen vorstellen – abgebaut wird und mit goldenem Handschlag nach Hause geschickt wird.

Steffi sagt mir:

„Am Ende meines Arbeitslebens werde ich möglicherweise, wenn ihr das macht, sage und schreibe 18 Jahre länger in die Rentenkasse eingezahlt haben als mein Mann. Und ich hatte ein niedrigeres Gehalt.“

Und Steffi sagt: „Das ist nicht gerecht.“

Und ich finde: Steffi hat recht. Das ist nicht gerecht.

Das dürfen wir nicht zulassen.

Deshalb sage ich: Steffi hat recht. Manuela Schwesig hat recht, die sich dazu geäußert hat.

Liebe Freundinnen und Freunde: Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, muss spätestens mit 65 abschlagsfrei in Rente gehen können.

Denn es macht einen Unterschied, ob jemand mit 16 angefangen hat zu arbeiten oder erst mit 27.

Das muss man in diesem Land verstehen.

Wir reden hier über real existierende Menschen.

Wir reden über Metallbauer.

Über Maurer.

Über Pflegekräfte.

Über Sekretärinnen.

Über Verkäuferinnen.

Über Friseurinnen.

Das sind nicht irgendwelche Menschen.

Das sind Leistungsträger dieser Gesellschaft, die nicht studiert haben, sondern eine berufliche Ausbildung gemacht haben.

Mehr Respekt vor diesen Menschen!

Das ist das, was sie zu Recht erwarten.

Und deshalb muss geändert werden, was da vorgeschlagen wurde.

Die Rente ist für diese Menschen kein Geschenk.

Sie ist kein Privileg.

Es ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung, dass ihnen das zusteht.

Und ich habe es vorhin gesagt: Natürlich müssen wir die Rente transformieren und tragfähig halten.

Natürlich wissen wir, dass wir, wo es geht, Anreize setzen müssen, damit Menschen freiwillig länger arbeiten.

Wir wissen, dass die geburtenstarken Jahrgänge jetzt in Rente kommen – die sogenannten Boomer.

Ich weiß, das ist inzwischen so ein Sammelbegriff von jungen Leuten für alle über 30.

Aber die Wahrheit ist: Rein statistisch sind das die geburtenstarken Jahrgänge bis etwa zum Jahrgang 1964.

Die gehen jetzt in Rente.

Aber erstens können sie nichts dafür, dass sie so viele sind.

Und zweitens haben sie dafür auch gearbeitet.

Ich finde es falsch, Generationen gegeneinander auszuspielen.

Keine Oma will den Jungen die Zukunft verbauen.

Und kein junger Mensch misshandelt der Oma die Rente.

Das kann doch nicht sein.

Wir müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen schaffen.

Und deshalb muss sozialdemokratische Rentenpolitik differenzieren:

Zwischen denen, die früh angefangen haben, und denen, die erst Ende 20 in sozialversicherungspflichtige Arbeit gekommen sind.

Zwischen denen, die länger arbeiten wollen und können, und denen, die einfach genug gerackert haben.

Flexible Übergänge in den Ruhestand – das ist eine richtige Antwort.

Aber nicht Rentenkürzungen.

Weil die Pflegekraft – sind wir doch einmal ehrlich – gar nicht so lange arbeiten kann und dann auch in Rente gehen muss. Und wenn sie dann mit Abschlügen bestraft werden, das ist nicht fair.

Deshalb sage ich auch:

Rentenkommission schön und gut.

Aber wir müssen im Verfahren darüber reden.

Denn auch das ist eine Botschaft des gestrigen Tages:

Mehr Respekt vor Leuten, die fühlen sich nicht mehr gesehen von einer Politikern die über sie reden aber nicht mit ihnen reden.

Das ist eine klare Botschaft.

Und das betrifft auch den Respekt vor beruflicher Bildung insgesamt.

Ich sage euch – und man kann es an Holger sehen:

Dieses Land braucht nicht nur Bachelor und Master.

Es braucht Gesellinnen und Gesellen, Meisterinnen und Meister in diesem Land.

Der Wert der beruflichen Bildung, das muss auch in diesem Land sein, gleichwertig zur akademischen, nicht gegeneinander.

Und auch da müssen wir als SPD selbstkritisch sein.

Wenn wir durch unsere Rhetorik vom „Aufstieg durch Bildung“ zum Teil so getan haben, als seien Abitur und Studium die einzigen Möglichkeiten, zu einem selbstbestimmten Leben zu kommen, dann sage ich:

Was für ein Quatsch!

Wir brauchen Menschen in den Ausbildungsberufen.

Und wir haben mit dem dualen Ausbildungssystem ein ausgezeichnetes System der beruflichen Ausbildung in Deutschland.

Das zu stärken und wertzuschätzen, ist unsere Aufgabe.

Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass junge Menschen überhaupt eine Ausbildung machen können.

Wir reden über Fachkräftemangel und haben gleichzeitig 2,6 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 ohne jegliche Ausbildung.

Das kann doch nicht wahr sein!

Das sind junge Menschen, die das Gefühl haben, sie werden nicht gebraucht.

Die finden keine Chance auf Ausbildung.

Die finden keine geregelte Arbeit.

Die schreiben wir ab.

Denen geben wir keine Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.

Ja, die müssen sich auch selbst anstrengen. Das ist ganz klar.

Aber denen müssen wir eine Chance geben.

Denn 2,6 Millionen ist viel zu viel und gleichzeitig sagt die Handwerksmeisterin um die Ecke:

„Ich finde keine Arbeitskräfte mehr.“

Ich will, dass wir das zu einer Mission der SPD machen:

Eine wirkliche Jugendgarantie.

Bis 2035 muss jeder junge Mensch die Chance auf eine Ausbildung in diesem Land bekommen.

Das ist etwas, wofür es sich zu kämpfen lohnt, liebe Freundinnen und Freunde!

Und dahinter steckt ein Menschen- und Gesellschaftsbild, was wir haben und das wir auch nicht verschweigen.

Wir erwarten, dass jeder Mensch in diesem Land eine Chance bekommt.

Wir erwarten aber auch, dass Menschen Chancen ergreifen.

Das ist auch richtig.

Denn Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Beides gehört zusammen.

Wer arbeiten kann, von dem erwarten wir das auch.

Und wer besonders viel tragen kann, von dem erwarten wir auch einen Beitrag zu dieser Gemeinschaft.

Das gilt unten.

Das gilt aber auch oben in der Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

Denn sonst fällt eine Gesellschaft an den Rändern auseinander.

Wer einen Betrieb gründet, wer investiert, wer Arbeitsplätze schafft und Risiken übernimmt – und das tun Unternehmerinnen und Unternehmer –, der verdient Respekt.

Aber wer 50 Millionen Euro erbt, der hat nicht 50 Millionen Euro geleistet.

Der hat 50 Millionen Euro Glück gehabt.

Weil er nichts dafür kann, in welche Familie er oder sie reingeboren ist.

Wir gönnen jedem auch sein Erbe.

Aber klar ist auch:

Eigentum verpflichtet.

Und wer so viel hat, muss auch einen Beitrag zu einem gelingenden Gemeinwesen leisten und darf nicht verschont werden.

Und gegenüber all der Propaganda, die da gemacht wird, sage ich:

Es geht nicht um „Oma, ihr kleinen Häusschen“.

Es muss Freibeträge geben.

Und klar ist auch, dass große Erbschaften ihren Beitrag leisten müssen – und zwar so, dass wir keinen gesunden Familienbetrieb belasten und keinen Arbeitsplatz gefährden.

Aber wir reden doch, liebe Leute, über ganz andere Summen und ganz andere Dinge.

Und wenn man uns fragt, warum die Schere in diesem Land über die Jahre auseinandergegangen ist, dann ist es der Unterschied zwischen Arbeitseinkünften und Vermögenseinkünften über die Jahre.

Und deshalb:

Jeder, der Vorteile in diesem Land genießt, der in subventionierte Opernhäuser geht, der gute Straßen haben will, der eine funktionierende Polizei haben will, muss auch einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung dieses Gemeinwesens leisten, liebe Freundinnen und Freunde.

Die solidarische Leistungsgesellschaft ist keine Gleichmacherei.

Aber sie ist eben auch keine Ellenbogengesellschaft.

Das ist Aufstieg und Sicherheit.

Das ist Eigenverantwortung und Solidarität.

Das ist, dass jeder aus seinem Leben etwas machen kann – und dass niemand es alleine schaffen muss.

Und liebe Freundinnen und Freunde, wir haben es mittlerweile damit zu tun – und leider ist auch das eine Wahrheit dieses Wahlergebnisses –, dass die AfD von sich behauptet, ich zitiere:

„Wir sind die Partei der kleinen Leute.“

Ich sage:

Schauen wir nicht auf die Sprüche.

Schauen wir auf ihre Politik und ihre Methoden.

Wenn ein Krankenpfleger in Sachsen-Anhalt zu wenig verdient, erzählt ihm die AfD: Schuld ist die Migration.

Wenn die Verkäuferin ihre Miete nicht mehr bezahlen kann, redet Frau von Storch möglicherweise auch hier über das Gendersternchen.

Wenn der Facharbeiter Angst um seinen Industriearbeitsplatz hat, erzählen sie ihm, früher sei alles besser gewesen.

Aber ich sage euch:

Nostalgie baut keine Wohnung.

Aus Wut entsteht kein sicherer Arbeitsplatz.

Vom Schimpfen kommt kein Bus ins Dorf.

Und von TikTok-Videos wird keine Pflegekraft besser bezahlt, liebe Freundinnen und Freunde.

Das ist ganz klar.

Und das muss der Unterschied sein zwischen denen und uns.

Die AfD braucht Probleme.

Wir müssen sie lösen, liebe Freundinnen und Freunde.

Die AfD braucht Angst.

Und wir müssen den Menschen realistische Zuversicht geben, dass wir gemeinschaftlich Probleme lösen können.

Die AfD sucht Sündenböcke.

Wir suchen nach Lösungen.

Und ich habe es vorhin gesagt, liebe Freundinnen und Freunde:

Ich möchte dabei nichts schönreden.

Im Moment funktioniert in diesem großartigen Land in vielen Bereichen vieles nicht gut genug.

Wenn eine Familie bauen will und anderthalb Jahre auf eine Genehmigung warten muss, wenn ein Mittelständler investieren will und von fünf Behörden sechs verschiedene Antworten bekommt, dann ist das nicht in Ordnung.

Wenn eine Gemeinde einen Spielplatz errichten will und beinahe so viele Menschen für die Förderprogramme beschäftigen muss, wie das Volumen des Förderprogrammes selbst ist, dann ist das nicht in Ordnung.

Und wenn bei Bürgerinnen und Bürger bei Behördengängen sich herausstellt, dass sie PDFs herunterladen müssen, sie ausdrucken müssen und am Ende doch per Post verschicken müssen, dann ist das keine Digitalisierung.

Dann ist das ein Faxgerät mit Internetanschluss, liebe Genossinnen und Genossen!

Das kann doch nicht so bleiben.

Deutschland kann das besser.

Und ich sage euch: Das ist eine Regierungserfahrung, die ich gemacht habe.

Deutschland kann es besser.

Nach dem russischen Angriffskrieg, als wir eine Gasnotlage abmildern und abwenden mussten, haben wir in rasender Geschwindigkeit LNG-Terminals errichtet.

Da haben Behörden zusammengearbeitet.

Da ging es plötzlich in der Krise.

Und deshalb sage ich:

Was Deutschland in der Krise kann, das muss auch für die Turnhalle gelten.

Wir müssen schneller Wohnungen bauen.

Schnellere Stromleitungen haben.

Schnellere Bahnstrecken.

Und wir müssen Fabriken schneller genehmigen, wenn in diesem Land investiert wird.

Das ist auch unser Thema.

Das dürfen wir nicht den Konservativen überlassen.

Wir brauchen Wohlstand in diesem Land.

Ich habe es vorhin gesagt:

Meine Heimat ist Gifhorn-Peine. Das ist vor den Toren Wolfsburgs.

Und ihr könnt euch vorstellen, was dort gerade los ist – wie an vielen Automobilstandorten.

Und nicht nur bei VW, sondern vor allen Dingen in der Zulieferindustrie.

Wie viele Leute dort gerade Angst haben.

Und die fragen nicht nach großen allgemeinen Erklärungen über Transformation und Konzepte.

Sondern die fragen mich:

Ist der Ausbildungsplatz meiner Tochter noch sicher?

Werden in Zukunft in Deutschland noch Autos gebaut – oder nur noch in China?

Und da kann ich euch sagen:

Wir wollen, dass Deutschland eben kein Industriemuseum ist, in dem in einigen Jahren Menschen durch Werkshallen geführt werden, in denen früher Menschen Arbeit hatten.

Wir dürfen auf industrielle Wertschöpfung nicht verzichten.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Autos von morgen, aber auch die Halbleiter und die KI von morgen auch in Deutschland und Europa gebaut werden – und nicht wo anders.

Und das steht im Moment auch im Feuer.

Weil der amerikanische Präsident Donald Trump eine unverantwortliche Handelspolitik und Kriegspolitik macht.

Er versucht mit Erpressung und Zolldrohungen, andere Länder zu unterjochen.

Und da sage ich:

Die USA sind ein großartiges Land.

Wir haben viele Menschen in den USA, die uns sehr verbunden sind.

Wir haben den USA viel zu verdanken.

Aber Freundschaft darf nicht Unterwerfung sein, liebe Freundinnen und Freunde.

Da braucht es klare Kante in Europa und keine Erpressbarkeit – auch gegenüber diesem Präsidenten.

Und es ist ja kein Zufall, dass eine seiner Forderungen gegenüber der Europäischen Union immer wieder nicht nur ist, dass er mehr Zölle erheben kann, auf europäische und deutsche Produkte, als er selbst bereit ist für seine Produkte zu akzeptieren.

Sondern eine Forderungen ist immer wieder, dass die Regeln, die wir mühsam in Europa – und eure Europaabgeordnete weiß das - geschaffen haben, für Social Media, für die großen amerikanischen Tech-Plattformen, für künstliche Intelligenz, weg haben will.

Wir müssen nicht nur über Donald Trump schimpfen.

Sondern wir müssen wissen, dass dahinter Leute stehen, die man Tech-Oligarchen nennen muss.

Die reichsten Menschen der Welt.

Die eine libertären Ideologie haben, die heißt:

Wir wollen uns durchsetzen. Für uns gelten keine Regeln.

Die aber gleichzeitig auch inzwischen rechtsextreme Bewegungen unterstützen.

Herr Musk hat gestern der AfD in Sachsen-Anhalt gratuliert.

Und er verschafft ihr auf X mehr Reichweite, als ihr zusteht.

Wir dürfen nicht naiv sein.

Deshalb sage ich:

Wir werden Social Media nicht zurückdrängen.

Aber wir müssen Regeln schaffen, damit diese Plattformen unsere Demokratie nicht zersetzen und zerstören, und wir müssen sie durchsetzen, liebe Freundinnen und Freunde.

Und ich erwarte von unserer Bundesregierung, an der wir beteiligt sind – aber von der gesamten Bundesregierung –, dass sie da nicht tatenlos zuguckt.

Ich habe einen konkreten Vorschlag.

Ihr alle wisst, dass Social Media nicht so funktioniert, dass es da um die differenziertesten Meinungen geht.

Es geht um einen Algorithmus, der dazu führt, dass es knallt, dass der Puls hoch geht.

Und das können natürlich Extremisten gut nutzen:

Mit Desinformationskampagnen.

Mit dem, was man Fake News nennt.

Mit Lügen und mit Hass und Hetze.

Ich will, dass es nicht nur die Regeln gibt, die es schon gibt, mit dem Digital Services und Markets Act, die durchgesetzt werden müssen.

Sondern Ich finde, wir müssen auch darüber reden, was wir tun können, weil wir Social Media nicht abstellen können.

Dass junge Menschen und Erwachsene die Urteilsfähigkeit mitbekommen, Wahrheit von Lüge unterscheiden zu können.

Und deshalb wäre eine konkrete Idee, dafür zu sorgen, dass diese großen amerikanischen Plattformen in Europa eine Abgabe zahlen, mit der dann gemeinnütziger Lokaljournalismus unterstützt wird.

Damit Menschen in ihrer Kommune Bescheid wissen.

Damit die Zeitungen bei uns vor Ort nicht sterben.

Denn Wissen ist Macht.

Liebe Freundinnen und Freunde.

Ich habe es eingangs gesagt:

Wir haben eine Situation, die ernst ist.

Aber wir dürfen nicht so tun, als sei unsere Demokratie schon dem Untergang gewidmet.

Dieses Gerede ist Quatsch.

Sondern wir müssen jetzt aufstehen und kämpfen.

Für bessere Lösungen in diesem Land.

Für gerechtere und respektvollere Lösungen.

Für ein Land, das funktioniert – im Staat und in der Wirtschaft.

Und für ein Land, in dem wir diese Demokratie verteidigen, indem wir sie revitalisieren.

Ich habe vor Kurzem eine Studie gelesen, dass in Frankreich in Dörfern, in denen die Kneipen sterben, überproportional rechtsradikal gewählt wird.

Weil Menschen dort nicht mehr den Ort finden, sich mit unterschiedlichen Meinungen zu begegnen, zu debattieren und hinterher ein Bier miteinander trinken können.

Wir müssen diese Orte in Deutschland wieder stärken.

Das kann eine Kulturkirche sein.

Das kann ein Nachbarschaftszentrum sein.

Das kann eine Dorfkneipe sein.

Wir müssen wieder mehr Orte haben wie diesen Stammtisch hier auf dem Gillamoos, an denen Menschen zusammenkommen, wo sie sich nicht abschalten, wo sie nicht nur in ihrer Bubble unterwegs sind.

Wo sie miteinander diskutieren, aber sich aber nicht als Feinde begegnen, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich habe es vorhin gesagt:

Mit der AfD kann man sich nicht nur auseinandersetzen, indem man sie als das bezeichnet, was sie ist.

Und sie ist übel.

Sie wollen Schlimmes.

Sie sind Nationalisten.

Und ich will das an dieser Stelle einmal ganz persönlich sagen.

Meine Mutter war Jahrgang 1937.

Sie war 1945 Vollwaise.

Mein Onkel, ihr Bruder, ist als 16-Jähriger noch wenige Tage vor Kriegsende noch als Kindersoldat von den Nazis verheizt worden.

Ich bin ein Glückskind.

Ich bin 1972 geboren, als die Olympischen Spiele in München waren. Als

Willy Brandt die Wahl gewonnen hat.

Ich bin aber auch jemand, der Kinder hat.

Meine Kinder sind zwölf und 14 Jahre alt.

Und ich werde – und ich bitte euch auch darum – alles dafür tun, dass unsere Kinder ebenfalls in einem freien, demokratischen Land aufwachsen können und nicht in einem autoritären.

Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Die Demokratie vererbt sich nicht, wir müssen sie uns in unserer Generation wieder erkämpfen.

Und deshalb sage ich auch – weil ich solche Diskussionen manchmal mit Jusos führe; schönen Gruß an die –, wenn es darum geht, ob wir sagen können, dass wir Patrioten sind:

Ich sage: Ja.

Wir sind Patrioten.

Denn es gibt einen Unterschied zwischen Patriotismus und Nationalismus.

Patrioten übernehmen Verantwortung für ihr Land und ihr Gemeinwesen, weil sie ihr Land lieben.

Nationalisten hassen die anderen.

Das ist der Unterschied, liebe Freundinnen und Freunde.

Und wir sind sozialdemokratische Patrioten.

Wir bekennen uns zu unserem Land.

Hier im schönen Freistaat Bayern.

Und in ganz Deutschland.

Das ist unser Land.

Das ist unser Land!

Und das will ich auch sagen:

Mich wundert manchmal, wie die AfD auftritt, als würde sie deutsche Interessen vertreten.

Ich erlebe im Bundestag, dass sie eher die Interessen der MAGA-Bewegung von Donald Trump und Kreml-Narrative von Putin verbreitet.

Die AfD ist das Trojanische Pferd des Kremls.

Das sind keine Patrioten.

Das sind Leute, die hier die Interessen fremder autoritärer Mächte vertreten.

Das muss man auch deutlich sagen.

Und wir dürfen nicht naiv sein.

Diese fremden autoritären Mächte, die halten unsere Demokratie für schwach.

Sie überziehen uns mit dem, was man hybride Angriffe nennt.

Mit Drohnen, ihr habt das in diesen Sommer gesehen.

Mit Aktionen, die auch vor Gewalt nicht zurückschrecken.

Wir haben vor Jahren gesehen, wie es den Tiergartenmord gegeben hat.

Einen Auftragsmord aus Russland.

Und wir erleben Trollfabriken und Desinformationskampagnen und Cyberangriffe.

Wir können als offene Gesellschaft nicht naiv sein.

Natürlich können wir nicht so zurückschlagen wie autoritäre Staaten.

Denn dann würden wir das aufs Spiel setzen, was uns als freie Gesellschaft ausmacht:

Meinungsfreiheit zu haben.

Eine offene Gesellschaft zu haben.

Freien Handel zu wollen.

Guten Austausch zu wollen.

Aber wir müssen unsere Demokratie besser schützen, Mit allem, was der Rechtsstaat hergibt.

Weil die uns nicht destabilisieren dürfen, damit wir frei leben können.

Aber ich sage es nochmal:

So wichtig alle staatlichen Maßnahmen und Gesetze sind, und Behörden sind, die sich dort engagieren müssen. Der beste Verfassungsschutz sind demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger, die sich von solchen Angriffen nicht ins Boxhorn jagen lassen.

In der Demokratie kann und muss über alles diskutiert werden.

Auch über schwierige Themen.

Natürlich auch über Kriminalität.

Auch über Migration übrigens.

Wir wollen, dass Menschen, die dauerhaft hier sind – und wir erwarten das auch -, Teil dieser Gesellschaft werden.

Dass sie sich an Recht und Gesetz halten – das gilt für alle.

Dass sie, wo immer es geht arbeiten und nicht im Sozialsystem sind.

Aber ich sage auch:

Wir akzeptieren niemals, dass aus konkreten Problemen der Integration ein Generalverdacht gegen Millionen von Menschen wird.

Der Kollege neben dir, der am Band arbeitet, ist nicht dein Feind, nur weil sein Vater in der Türkei geboren wurde.

Die Ärztin, die hier arbeitet und aus Syrien gekommen ist, leistet wertvolle Arbeit.

Und der Auszubildende in Deutschland mit Einwanderungsgeschichte ist nicht schuld an den Problemen dieses Landes, nur weil seine Mutter ein Kopftuch trägt.

Wir müssen eines deutlich machen:

Wir brauchen faire Regeln für Integration.

Da muss auch gefordert und gefördert werden.

Aber wir werden niemals Ressentiments akzeptieren, mit denen Menschen gegeneinander aufgehetzt werden.

Das ist der Unterschied.

Das sind unsere Kolleginnen und Kollegen.

Ich will zum Schluss eines deutlich machen, liebe Freundinnen und Freunde:

Wir müssen besser werden und wieder stärker.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird gebraucht.

Nicht als leere Hülle.

Nicht als irgendein Verein.

Sondern als eine Gemeinschaft von Menschen, die kämpfen.

Ich sage euch:

Ich bin mir sicher, es gibt viele Bürgerinnen und Bürger, die eine solche SPD wiedererkennen wollen.

Die uns sehen wollen.

Die uns kämpfen sehen wollen.

Für diese Gesellschaft.

Für gute Ziele.

Und lasst euch nicht ins Boxhorn jagen:

Die Mehrheit in diesem Land – die schweigende Mehrheit in diesem Land – sind hochanständigen Leuten.

Die wollen nicht, dass Menschen aufeinander gehetzt werden.

Die wollen Gemeinschaft erleben.

Die wollen, dass wir Probleme lösen.

Die sind bei der Feuerwehr aktiv.

Im Sportverein.

Die engagieren sich für eine bessere Gesellschaft.

Das sind unsere Verbündeten.

Und wir sind ihre Verbündeten für ein besseres Deutschland, liebe Freundinnen und Freunde.

Unsere Werte bleiben:

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Das sind seit über 160 Jahren die Werte der deutschen Sozialdemokratie.

Und ich finde:

Das ist nichts für ein Museum der Arbeiterbewegung.

Diese Werte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sind verdammt modern.

Denn Freiheit heißt, dass du selbstbestimmt leben kannst.

Dass nicht Putin, nicht Trump und nicht der Algorithmus dein Leben bestimmt.

Sondern dass du selbstbestimmt leben kannst.

Gerechtigkeit heißt, dass nicht deine Herkunft über deine Zukunft entscheidet.

Und Solidarität heißt:

Wenn du fällst, helfen wir dir auf.

Und wenn du stark bist, hilfst du anderen.

Das ist unser Gesellschaftsbild.

Und haltet mich für verrückt:

Ich halte das für mehrheitsfähig.

Wir werden einiges erneuern müssen in der SPD.

Wir brauchen auch neue Programme.

Und eines muss ich uns noch sagen:

Dafür dürfen wir nicht im eigenen Saft schmoren.

Ich sage das bei aller Liebe, weil ich diese Partei so gern habe:

Wir dürfen uns selbst nicht genug sein.

Wir müssen uns schon ein bisschen öffnen.

Wir sind nicht überaltert – aber an der einen oder anderen Stelle vielleicht etwas unterjüngt, wenn wir ehrlich sind.

Wir müssen neugierig sein auf Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen.

Wir dürfen sie nicht belehren und so tun, als wüssten wir sowieso schon immer alles.

Ja, wir haben klare Ziele.

Und wir fragen nicht andere, was unsere Ziele sein sollen.

Das sind unsere Überzeugungen.

Aber wir sollten mehr Menschen einladen, gemeinsam mit uns Konzepte zu entwickeln und den Weg mit uns zu gehen.

Ich will diese SPD gemeinsam mit euch revitalisieren.

Wir brauchen eine stärkere Sozialdemokratie für unser Deutschland.

Und ich will, dass am Ende unsere Kinder einmal sagen können, dass die Generation vor ihnen – also wir – die Demokratie von unserer Großeltern nicht nur geerbt haben, die nach dem Krieg dieses Land aufgebaut haben.

Sondern dass wir waren die Generation sind, die diese Demokratie verteidigt und erneuert haben.

Und dass wir sie stärker gemacht haben am Ende.

Dass wir die Bewährung geschafft haben.

Ja, wir können die Menschen und werden sie nicht vor allen Veränderungen beschützen können.

Wir sind auch kein sozialer Lieferservice, der jedes Problem des Alltags beackert.

Aber wir wollen den Menschen in diesem Land wieder eine Perspektive geben.

Damit sie sich auf morgen freuen können.

Und damit sie nicht den Falschen hinterherlaufen.

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde:

Lasst uns aufstehen.

Und lasst uns in diesem Sinne kämpfen.

Glück auf – und danke für eure Aufmerksamkeit!

Ich danke euch.